

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätin MMag. Dr. Gudrun KUGLER und Ingrid KOROSEC, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 12.12.2016 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Gesundheit, Soziales und Generationen)

betreffend Anlaufstelle beim Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds (WAFF) für schwangere Frauen in einer beruflichen und wirtschaftlichen Notlage

Nicht selten stehen Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen, unter enormer psychischer Belastung oder unter dem Druck dritter Personen aus ihrem persönlichen Umfeld. Umso wichtiger ist daher, das Recht der Frau auf eine umfassende Information über Alternativen und die Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen.

Beratung durch kompetente Betreuungsstellen, niederschwellige und ausreichende finanzielle Unterstützung sowie das Aufzeigen von individuellen Lösungsmöglichkeiten können diesbezüglich positiv für den Schutz menschlichen Lebens und die Situation der Frau wirken.

Diese Maßnahmen müssen deutlich verstärkt werden. Erstens durch vermehrte Betreuungsangebote von Seiten der Stadt Wien, zweitens durch finanzielle Unterstützung qualifizierter Betreuungseinrichtungen.

Für schwangere Frauen in einer beruflichen und wirtschaftlichen Notlage sollte daher im Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds (WAFF) eine geeignete Beratungsstelle eingerichtet werden, die in jeder Hinsicht auf die spezielle Situation jobsuchender schwangerer Frauen eingeht.

Die gefertigten Gemeinderätinnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien mögen sich beim Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds (WAFF) dafür einsetzen, dass dieser eine eigene Anlaufstelle einrichten möge, die ausschließlich für die Berufs- und Ausbildungsberatung für schwangere Frauen in einer beruflichen und wirtschaftlichen Notlage spezialisiert ist.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung des Antrags an die Gemeinderatsausschüsse für Gesundheit, Soziales und Generationen sowie Finanzen, Wirtschaft und Internationales verlangt.

Wien, 12.12.2016